



Vorwahlkampf in Frankreich

Dominik Grillmayer

Warum Vorwahlen?

Wie wird man Kandidat?

Die Kandidaten und ihre Strategien

Was beeinflusst den Ausgang?

Dominik Grillmayer

Vorwahlkampf in Frankreich

Dominik Grillmayer*

Vorwahlkampf in Frankreich

Einleitung

* Dominik Grillmayer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am dfi

Mitarbeit: Simon Besançon, Eileen Keller, Stefan Seidendorf

¹ Vgl. Adolf Kimmel: Das politische System der V. französischen Republik: Ausgewählte Aufsätze. Baden-Baden: Nomos 2014.

Die Franzosen stehen vor einem wichtigen Wahljahr. 2017 wird die zweite Parlamentskammer, die Assemblée Nationale, erneuert. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht aber die Präsidentenwahl, die in zwei Wahlgängen Ende April und Anfang Mai 2017 stattfinden wird. Mit der Gründung der V. Republik 1958 erhielt der französische Staatspräsident eine besonders herausgehobene Stellung, die mit der besonderen Legitimität gerechtfertigt wird, die er aus der 1962 eingeführten Direktwahl durch das Volk zieht. Offiziell ist er zwar nur in einigen Bereichen die unmittelbare exekutive Gewalt im Staat – Regierungschef ist der vom Präsidenten ernannte und vom Parlament gewählte Premierminister – aber die politische Praxis der letzten Jahrzehnte hat zu einer immer stärkeren Konzentration auf das Amt des *Président de la République* geführt. Diese Tendenz ist durch die Verkürzung der Amtszeit auf 5 Jahre (vorher 7 Jahre) noch verstärkt worden. Im „semi-präsidentiellen System“ der V. Republik, das von einigen Forschern als im Grunde parlamentarisches System mit Präsident¹ bezeichnet wurde, haben sich die Gewichte nun deutlich hin zum Präsidenten verschoben. Die Präsidentenwahl geht außerdem der Wahl der Abgeordneten der Assemblée Nationale voraus. Damit wollte man sicherstellen, dass der gewählte Präsident auch über eine politische Mehrheit seiner eigenen *Couleur* im Parlament verfügt.

Das aktuelle französische Wahlsystem sieht vor, dass sich beliebig viele Kandidaten im ersten Wahlgang um das Amt der Präsidenten bewerben dürfen, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen (siehe 3.). In die Stichwahl kommen allerdings nur die beiden bestplatzierten Kandidaten. In der Regel lief es auf ein Duell zwischen einem linken und einem konservativen Präsidentschaftsbewerber hinaus. Das Debakel von 2002, als kein einziger Kandidat der Linken, stattdessen aber Jean-Marie Le Pen vom *Front national* (FN) im zweiten Wahlgang vertreten war, bildete die scheinbare Ausnahme. Der kontinuierliche Aufstieg der Rechtspopulisten in den vergangenen Jahren hat die Ausgangslage allerdings grundlegend verändert. Vor allem deshalb organisieren sowohl die Sozialistische Partei (PS) als auch die Bürgerlichen (*Les Républicains*, LR) Vorwahlen, die so genannten *Primaires*.

Die vorliegende Analyse beleuchtet zunächst die bisherige Funktionsweise der in zwei Runden ablaufenden Präsidentschaftswahlen und geht dann auf die systemischen Veränderungen ein, die sich aus dem Erstarken des *Front national* ergeben haben und die beiden traditionellen Lager zu einer Reaktion zwangen. Im Folgenden werden die Rahmenbedingungen und der formale Ablauf der Vorwahlen beschrieben und die wichtigsten Kandidaten vorgestellt. Abschließend geht es um Strategien und mögliche Szenarien für den Ausgang – sowohl der Vorwahlen im Herbst/Winter als auch der Präsidentschaftswahlen im Frühjahr kommenden Jahres.

1. Warum Vorwahlen?

² Vgl. Dominik Grillmayer: Profile und Konstanten der französischen Linken, in: Politische Studien Nr. 447 (Januar-Februar 2013), S. 38-49.

³ Dieses Amt hatte Jospin zuvor schon einmal inne. Er hatte es von François Mitterrand nach dessen Wahlsieg 1981 übernommen und bis 1988 ausgeübt.

Aus der herausgehobenen Stellung und der Direktwahl des Präsidenten folgt eine starke **Personalisierung im Wahlkampf**, so dass Parteien und deren Programme bei der Wahlentscheidung seit jeher eine weniger starke Rolle spielen als die Persönlichkeit der Kandidaten. Warum bedarf es nunmehr offenbar der Organisation von Vorwahlen, um eine Führungsfigur zu identifizieren, die anschließend im Präsidentschaftswahlkampf auf die Unterstützung nicht nur der Partei, sondern möglichst vieler Sympathisanten des jeweiligen Lagers, auch und gerade der unterlegenen Wettbewerber, zählen kann?

Keine natürliche Führungsfigur

Die derzeitige Situation zeigt zunächst einmal, dass es – im Unterschied zum Front national – heute weder beim PS noch bei LR eine Führungspersönlichkeit gibt, die für sich die Kandidatur beanspruchen bzw. von den Parteimitgliedern als natürlicher Anwärter akzeptiert würde. Diese Situation ist aufgrund der traditionell starken **Flügelbildung innerhalb der großen französischen Parteifamilien** nicht neu und hat schon mehrfach zu heftigen internen Richtungsstreitigkeiten geführt. Die Zeit François Hollandes als Parteichef der Sozialisten (1997 bis 2008) ist dafür ein gutes Beispiel. Stets auf Ausgleich und Kompromiss bedacht, konnte er dennoch eine Spaltung des PS beim Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005 nicht verhindern. Ein Riss, der bis heute nachwirkt. Zu diesen internen Auseinandersetzungen kommt hinzu, dass **vor allem das linke Parteienspektrum** historisch bedingt **stark zersplittert** ist². Entsprechend schwer war und ist es, bei den Präsidentschaftswahlen eine linke Mehrheit zu organisieren, und umso euphorischer wurden die Wahlsiege Mitterrands 1981 und Hollandes 2012 gefeiert. In beiden Fällen folgte auf die Euphorie aber schon bald bittere Ernüchterung, so dass die gerade errungene Einheit in Regierungsverantwortung schnell wieder zu bröckeln begann und Fliehkräfte freisetzte, die einen Keil in die mühsam gezimmerte Parteienkoalition trieben oder sogar einen Riss durch ein und dieselbe Partei verursachten.

Auch die französischen Konservativen zeigten sich immer wieder gespalten und es entstanden Pattsituationen wie 1995, als der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zum öffentlichen Austragungsort eines parteiinternen Machtkampfes wurde. Damals traten mit dem amtierenden Premierminister Eduard Balladur und dem Pariser Bürgermeister und Ex-Premier Jacques Chirac gleich zwei aussichtsreiche Vertreter der damaligen Regierungspartei RPR (Rassemblement pour la République) an – mit dem besseren Ende für Chirac. Nicolas Sarkozy hatte damals übrigens für Edouard Balladur Partei ergriffen, was ihm Jacques Chirac als Präsident lange nachgetragen hat.

Gegner Chiracs im zweiten Wahlgang 1995 war Lionel Jospin, der sich zuvor in einem parteiinternen Zweikampf bei den Sozialisten gegen den damaligen Parteivorsitzenden Henri Emmanuelli durchgesetzt hatte – und zwar per Mitgliederbefragung. Er hatte damit **die ersten Vorwahlen einer französischen Partei** zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten gewonnen.

Obwohl er im Nachgang der Präsidentschaftswahlen, die er in der zweiten Runde relativ knapp gegen Chirac verlor, zwischenzeitlich den Parteivorsitz übernahm³ und im Anschluss an die Auflösung des Parlaments und den Wahlsieg der Sozialisten 1997 Premierminister wurde, war Jospins Führungsanspruch in der Partei in der Folge allerdings keineswegs unumstritten. Gleichwohl erklärte er im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2002 seine erneute Kandidatur, ohne sich dieses Mal parteiintern einer Vorwahl stellen zu müssen. Fünf Jahre Regierungszeit hatten die Spannungen innerhalb des linken Parteienspektrums jedoch so stark erhöht, dass Jospin sich am Ende sieben weiteren linken Präsidentschaftsbewerbern gegenüber sah.

Die Situation, dass ein Kandidat in seinem eigenen Lager nicht mit uneingeschränkter Unterstützung im Wahlkampf rechnen kann und sich konkurrierenden Bewerbern stellen muss, ist angesichts der erwähnten Flügelbildung und der Existenz von Klein- und Kleinstparteien also nicht neu. Traditionell gab es im ersten Wahlgang eine verhältnismäßig hohe

Zahl an (meist chancenlosen) Bewerbern, deren Ziel es ist, durch ihre Kandidatur Sichtbarkeit zu erzeugen. Daher kam es regelmäßig zu Konstellationen, in denen die erste Runde der Präsidentschaftswahlen dazu diente, die politischen Präferenzen der Bürger sichtbar zu machen. Durch das in der V. Republik geltende Mehrheitswahlrecht werden die Parlamentswahlen regelmäßig auf Links-Rechts-Zweikämpfe reduziert (der Front national verfügt bspw. derzeit nur über zwei Abgeordnete, obwohl er landesweit zwischen 15-20% der Stimmen erhielt). Um den zweiten Wahlgang gewinnen zu können, mussten die Vertreter der beiden großen Parteien sich dann die Unterstützung der unterlegenen Bewerber ihres Lagers im zweiten Wahlgang „erkaufen“, indem sie entweder Wahlkreise oder Ministerämter anboten.

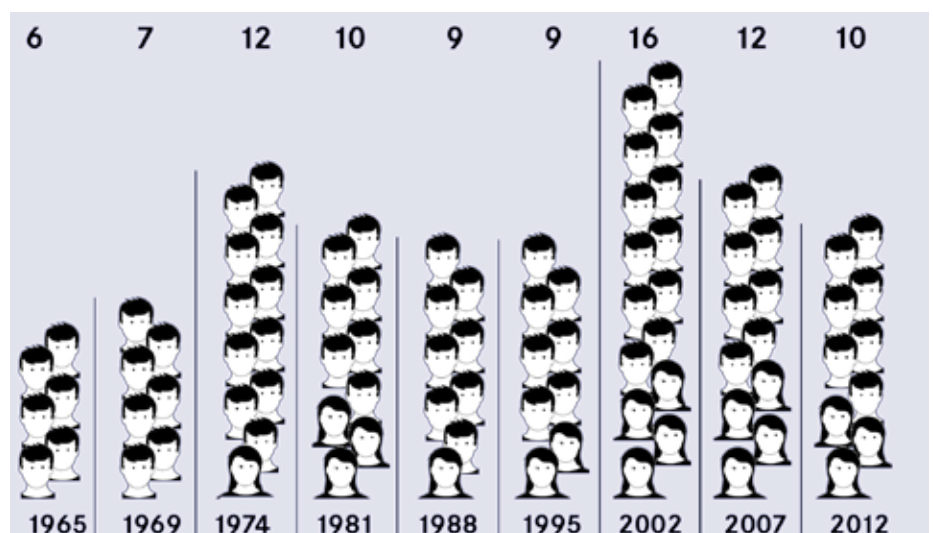
Der Schock von 2002

Bei den Präsidentschaftswahlen von 2002 hat das Ergebnis des Front national (16,86 %) dieser Funktionsweise des ersten Wahlgangs jedoch ein abruptes Ende bereitet. Aufgrund der Zersplitterung des linken Lagers schied Lionel Jospin mit 16,18 % im ersten Wahlgang als Drittplatzierter aus, was seinerzeit eine Schockwelle auslöste. Denn trotz des klaren Siegs Chiracs im zweiten Wahlgang zeichnete sich bereits damals ab, dass der Erfolg von Jean-Marie Le Pen möglicherweise kein Unfall der Geschichte war, sondern der **Anfang vom Ende des bipolaren Systems** – auch wenn sich diese Entwicklung aufgrund des Mehrheitswahlsystems noch nicht in den Parlamenten

widerspiegelt und im republikanischen Diskurs führender Politiker von PS und LR bis heute meist nicht vorkommt.

Die Sozialisten zogen die Lehre aus dem Debakel und kürten 2006 zum zweiten Mal ihren Kandidaten per interner Mitgliederbefragung, bei der sich Ségolène Royal klar gegen ihre beiden Mitbewerber Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius durchsetzte. Obwohl das Legitimitätskapital aus den Vorwahlen zu einer größeren Einheit der Linken führte und sie die zweite Runde der Präsidentschaftswahl ungefährdet erreichte, unterlag sie dann aber Nicolas Sarkozy (2007). Der Front national – 2004 aufgrund des Konflikts zwischen Jean-Marie Le Pen und seinem innerparteilichen Konkurrenten Bruno Mégret vorübergehend in seiner Existenz bedroht – konnte das überraschende Ergebnis von 2002 nicht wiederholen.

2011 schließlich entschied sich der PS, **zum ersten Mal offene Vorwahlen** abzuhalten, an denen sich nicht nur Parteimitglieder, sondern alle in den Wählerlisten eingetragenen Bürger beteiligen konnten, wenn sie sich durch Unterzeichnung einer Erklärung zu den „Werten der Linken und der Republik“ bekannten. Außerdem stand es auch anderen Parteien des linken Spektrums offen, einen Kandidaten aufzustellen. Darauf ließ sich allerdings nur der Parti radical de gauche unter seinem Vorsitzenden Jean-Michel Baylet ein. Neben ihm konkurrierten fünf Bewerber aus den Reihen des PS um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten (siehe Kasten Seite 6).



Anzahl Kandidaten in der 1. Runde der Präsidentschaftswahlen

Bisherige Vorwahlen:

Sozialisten:

Mitgliederbefragung 1995

Lionel Jospin	65,85 %
Henri Emmanuelli	34,15 %

Mitgliederbefragung 2006

Ségolène Royal	60,65 %
Dominique Strauss-Kahn	20,69 %
Laurent Fabius	8,66 %

Offene Vorwahlen 2011

1. Runde

François Hollande	39,17 %
Martine Aubry	30,42 %
Arnaud Montebourg	17,19 %
Ségolène Royal	6,95 %
Manuel Valls	5,63 %
Jean-Michel Baylet (PRG)	0,64 %

2. Runde

François Hollande	56,57 %
Martine Aubry	43,43 %

Grüne:

Offene Vorwahlen 2011

1. Runde	
Eva Joly	49,74 %
Nicolas Hulot (parteilos)	40,22 %
Henri Stoll	5,02 %
Stéphane Lhomme (parteilos)	4,64 %
2. Runde	
Eva Joly	58,16 %
Nicolas Hulot (parteilos)	41,34 %

⁴ Bei der Analyse des Wahlergebnisses von 2012 darf man allerdings nicht vergessen, dass viele Wähler damals in erster Linie gegen Nicolas Sarkozy stimmten, ohne sich zwangsläufig stark mit dem Kandidaten François Hollande zu identifizieren.

⁵ Vgl. hierzu vertiefend: Kim-Yvonne Köhler, Stefan Seidendorf, Nils Thieben: Neuer Kopf, alte Ideen? „Normalisierung“ des Front National unter Marine Le Pen, Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 25, Juni 2011.

Der Sieg François Hollandes bei der *Primaire* und anschließend bei den Präsidentschaftswahlen 2012 scheint der damals verfolgten Strategie rückblickend Recht zu geben. Der öffentlich ausgetragene Wettbewerb eines halben Dutzends Kandidaten im Vorwahlkampf hat der Kampagne sicherlich Dynamik verliehen und eine starke Mobilisierung derjenigen ausgelöst, die dem linken Lager zuneigen. Fast drei Millionen Franzosen beteiligten sich seinerzeit an den Vorwahlen und trugen dazu bei, dass sich die Partei hinter ihrem Kandidaten scharte.⁴

Nach viereinhalb Jahren Regierungsverantwortung liegt die damals gefundene Einheit in Trümmern. Die verbliebene so genannte Regierungslinke (*gauche du gouvernement*) ist stark geschwächt und praktisch ohne Mehrheit im Parlament, und François Hollande als amtierender Präsident nicht mehr natürlicher Kandidat für seine eigene Nachfolge. Grund hierfür sind aber nicht nur seine schlechten Umfragewerte, sondern auch die durch den Aufstieg des Front national bedingten tektonischen **Veränderungen in der französischen Parteienlandschaft**.

Der Front national bestimmt das Spiel

Der **Front national** ist nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Marine Le Pen im Jahr 2011 und ihrer Politik der „Entdämonisierung“ (*dédiabolisation*) wieder **innerlich geeint** und konnte schon bei den Präsidentschaftswahlen 2012 mit 17,9 % das Ergebnis von 2002 übertreffen.⁵ Angesichts der Unzufriedenheit mit Präsident Hollande und einer vorübergehend führungslosen konservativen Oppositionspartei, die sich nach dem Rückzug Sarkozys einen monatelangen Streit um dessen Nachfolge als Parteivorsitzender leistete, eilte der Front national in den darauffolgenden Jahren **von Wahlerfolg zu Wahlerfolg**. Bei den Kommunalwahlen 2014 eroberte er landesweit eine Reihe von Bürgermeisterämtern. Bei den Europawahlen 2014 (mit dem in Frankreich ungewöhnlichen Verhältniswahlrecht) wurde er zur stärksten Partei Frankreichs. Und nur dem französischen Wahlsystem ist es zu verdanken, dass die Regionalwahlen 2015 den FN zwar landesweit erneut zur stärksten Partei machten, er jedoch in keiner einzigen Region in einer Stichwahl die Mehrheit erzielen konnte. Dabei drängten sich infolge der Terroranschläge und der Flücht-

lingskrise immer mehr die klassischen Themen des FN in den Vordergrund: Sicherheit und Identität. Folglich konnte sich Marine Le Pen damit begnügen, ihre Forderungen zu wiederholen, und gleichzeitig beobachten, wie sich nicht nur der zurückgekehrte Nicolas Sarkozy, sondern sogar der sozialistische Präsident und sein Premierminister Manuel Valls diesen immer mehr annäherten. Zudem verfügt die Partei an den politischen Rändern über keinerlei ernsthafte Konkurrenz – weder links noch rechts – und kann daher fast das komplette Potenzial an Protestwählern abschöpfen. Selbst das Zerwürfnis zwischen der neuen Parteichefin und ihrem Vater im vergangenen Jahr änderte nichts an ihrer unangefochtenen Stellung. Für ihre Entscheidung, diesen aufgrund seiner fortwährenden verbalen Entgleisungen aus der Partei ausschließen zu lassen, fand sich eine breite Mehrheit. Der Front national befindet sich somit sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen in einer komfortablen Situation. Marine Le Pen gilt Meinungsumfragen zufolge für die zweite Runde mehr oder weniger als gesetzt.

Der aus dieser neuen Konstellation erwachsene **Zwang zur größtmöglichen Einheit** noch vor dem ersten Wahlgang stellt die beiden traditionellen Parteien vor eine große Herausforderung, der sie mit der Organisation von *Primaires* begegnen wollen. Ihr Ausgang wird bereits maßgebliche Weichenstellungen für die Präsidentschaftswahlen vornehmen. Entsprechend werden sie auf beiden Seiten zur Spielwiese für taktisches Verhalten und politische Ränkespiele. Die Organisation von Vorwahlen hat zwar durchaus auch positive Begleiterscheinungen: Die Kandidatenkür wird durch offene Vorwahlen demokratisch legitimiert, weil sie das Ergebnis eines umfangreichen Beteiligungsprozesses ist, und kann auf diese Weise zur Befriedung von Konflikten innerhalb einer Partei oder eines Lagers beitragen. Gleichzeitig besteht aber auch das Risiko, dass die im Vorwahlkampf offen zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Konkurrenten die erhoffte Einheit anschließend als sehr brüchig und wenig glaubhaft erscheinen lassen.

2. Wer führt Vorwahlen durch?

⁶ Die Statuten des PS sehen zwar seit Herbst 2012 in jedem Fall die Organisation einer Vorwahl vor. Drei PS-Mitglieder, die aufgrund des anfänglichen Zögerns der Parteiführung im Februar 2016 eine Klage eingereicht hatten, sind vor Gericht allerdings gescheitert. Die Richter erkannten Widersprüche in den Parteistatuten und erklärten die Regelung zur Organisation von Vorwahlen daher als nicht bindend.

Mit der Annahme der Parteistatuten auf dem Gründungsparteitag der **Républicains** (LR) im Mai 2016 mit über 90 % sprachen sich die Mitglieder der bisherigen UMP (Union pour un Mouvement populaire, vormals RPR) auch für die Organisation offener Vorwahlen „des bürgerlichen Lagers und des Zentrums“ aus. Neben LR beteiligen sich an der anstehenden Vorwahl aber nur die seit langem eng mit der Ex-UMP verbundenen Christdemokraten (Parti chrétien-démocrate). Die LR nahestehende Zentrumspartei UDI (Union des Démocrates et Indépendants, in der Tradition von Giscard's UDF), sowie das Mouvement Démocrate (MoDem) von François Bayrou, der in den Jahren 2002, 2007 und 2012 als Präsidentschaftskandidat angetreten war, haben sich gegen eine Teilnahme entschieden. Die „Primaire de la droite et du centre“ ist so faktisch zu einer Vorwahl der Rechten zusammengeschrumpft.

Die Frage, ob die **Sozialisten** wie 2011 erneut offene Vorwahlen organisieren sollen, obwohl sie mit François Hollande den amtierenden Präsidenten – und damit eigentlich den natürlichen Kandida-

ten für seine eigene Nachfolge – stellen, war intern zunächst umstritten.⁶ Mitte Juni 2016 hat der aus 204 Mitgliedern bestehende Nationalrat (Conseil national) des PS dann aber einstimmig deren Durchführung im Januar 2017 beschlossen. Es war allerdings schnell klar, dass keine realistische Aussicht darauf bestand, diese Vorwahlen auf das gesamte linke Lager auszudehnen. So werden sich weder der Parti de Gauche (PG) noch die Kommunisten (PCF) beteiligen.

Die Partei der **Grünen** (Europe Ecologie – Les Verts, EELV), die 2012 Hollande unterstützt und mehrere Mitglieder in die Regierung von Jean-Marc Ayrault entsandt hatte, sich nach der Ernennung von Manuel Valls zum Premierminister im Frühjahr 2014 aber mehrheitlich vom Kurs des Präsidenten distanzierte und ihre Minister wieder aus dem Kabinett abzog, hat im Sommer entschieden, eigene Vorwahlen durchzuführen. EELV befindet sich derzeit allerdings in einer schwierigen Phase, die sich als existenzbedrohend erweisen könnte. Seit August 2015 haben mehrere Mitglieder, darunter auch ein Dutzend Abgeordnete

Vorwahlen Les Républicains / Parti chrétien-démocrate:

1. Wahlgang am 20. November 2016
 2. Wahlgang am 27. November 2016
- Website: <http://www.primaire2016.org>

**Vorwahlen bei der Linken (Belle Alliance populaire):**

1. Wahlgang am 22. Januar 2017
 2. Wahlgang am 29. Januar 2017
- Website: <http://www.lesprimairescitoyennes.fr>

**Vorwahlen bei den Grünen (Europe Écologie – Les Verts, EELV)**

Abstimmung per Briefwahl

Ergebnis 1. Wahlgang:

Yannick Jadot:	35,61 %
Michèle Rivasi:	30,16 %
Cécile Duflot:	24,41 %
Karima Delli:	9,82 %

Die Ergebnisse der Stichwahl zwischen Yannick Jadot und Michèle Rivasi werden am 7. November 2016 veröffentlicht

Website: <https://primaire-ecologie.fr>

**Präsidentenwahlen:**

1. Wahlgang am 23. April 2017
2. Wahlgang am 7. Mai 2017

⁷ Mael Thierry, Emmanuelle Cosse, ex-punk, ex-chef d'EELV et maintenant ministre ! Le Nouvel Observateur, 11.02.2016, <http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20160211.OBS4527/emmanuelle-cosse-ex-punk-ex-chef-d-eelv-et-main-tenant-ministre.html> (abgerufen am 25.10.2016).

⁸ AFP 2017: les écolos „réformistes“ sur le „fil“ de leur alliance avec le PS, Le Point, 21.09.2016, http://www.lepoint.fr/politique/2017-les-ecolos-reformistes-sur-le-fil-de-leur-alliance-avec-le-ps-21-09-2016-2070276_20.php (abgerufen am 25.10.2016).

der Nationalversammlung, die Partei aus Protest gegen den neuen, dezidiert links orientierten Kurs von EELV verlassen. Sechs der fünfzehn grünen Abgeordneten haben sich der sozialistischen Mehrheitsfraktion im Parlament angeschlossen, drei ehemalige EELV-Mitglieder sind im Zuge der Kabinettsbildung im Februar 2016 neu in die Regierung eingetreten. Besonders bitter für die Partei war, dass sie dabei praktisch über Nacht sogar ihre Parteivorsitzende, Emmanuelle Cosse, verlor, auch wenn dieser Bruch sich bereits seit Längerem angekündigt hatte.⁷

Die neue Formation „reformorientierter Grüner“, wie sie sich selbst bezeichnen,

um den Abgeordneten François de Rugy firmiert mittlerweile unter dem Namen le parti écologiste und wird sich ebenso an den linken Vorwahlen beteiligen wie der Front démocrate, ein Zusammenschluss von Linkszentristen.⁸ Sie sind damit Teil der vom Parteichef der Sozialisten, Jean-Christophe Cambadélis, ins Leben gerufenen **Belle Alliance populaire**. Dabei handelt es sich um den Versuch, trotz der tiefen Zerwürfnisse im linken Lager ein Bündnis aus Parteien sowie Vertretern von Gewerkschaften und Vereinen zu schmieden, das in gemeinsamen Vorwahlen einen Kandidaten für die Präsidentenwahlen kürt.

3. Wie wird man Kandidat?

Präsidentenwahlen

Wer bei den französischen Präsidentenwahlen antreten will, muss einige Voraussetzungen erfüllen. Neben formalen Vorgaben in Bezug auf das passive Wahlrecht (Besitz der französischen Staatsbürgerschaft, Mindestalter, etc.) muss jeder Bewerber **500 Unterschriften**

von französischen Mandatsträgern (die sog. *parrainages*) beibringen – von Abgeordneten der Nationalversammlung und des Europaparlaments, von Senatoren, Bürgermeistern, Mitgliedern von Regional- und Départementräten, Präsidenten französischer Kommunalverbände usw. Ausgenommen sind Gemeinderäte. Dennoch kamen bei den letzten Präsidentenwahlen über

⁹ Vgl. Conseil Constitutionnel, <http://www.conseil-constitutionnel.fr/conseil-constitutionnel/francais/election-presidentielle-2012/parrainages/parrainages-election-presidentielle-2012.104284.html> (abgerufen am 25.10.2016).

42.000 gewählte Personen (davon rund 37.000 Bürgermeister) als Fürsprecher (*parrains*) in Frage.⁹ Um sicherzustellen, dass die Kandidatur auch landesweit Unterstützung findet, müssen die Unterzeichner zudem aus 30 verschiedenen Départements oder Überseegebieten kommen, und insgesamt dürfen nicht mehr als 10% aller gesammelten Unterschriften aus ein- und demselben Département stammen.

Vorwahlen

Um zu verhindern, dass zu viele Bewerber ihren Hut in den Ring werfen, haben auch Sozialisten und *Républicains* Hürden für eine Kandidatur eingebaut, die sich an den Regeln für die Präsidentschaftswahlen orientieren.

Um an den Vorwahlen der **Républicains** teilnehmen zu können, mussten folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Unterschriften von mindestens 250 Mandatsträgern aus 30 verschiedenen Départements, darunter nicht mehr als 10% aus ein- und demselben Département und mindestens 20 Abgeordnete.
- Unterstützung durch mindestens 2.500 Parteimitgliedern aus mindestens 15 verschiedenen Départements, darunter nicht mehr als 10% aus ein- und demselben Département.

Diese Regeln kamen bei ebenfalls teilnehmenden Kleinparteien nicht zur Anwendung. Das betraf nur Jean-Frédéric Poisson als Chef des Parti chrétien-

démocrate. Neben ihm qualifizierten sich sechs weitere Kandidaten für die *Primaire*, deren Nominierungsfrist im September endete.

Die **Sozialisten** greifen auf die so genannte 5%-Regel zurück, die schon bei den Vorwahlen 2011 zur Anwendung kam. Demnach benötigt ein Kandidat die Unterschriften von

- 5% der sozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung, des Senats oder des Europaparlaments
- oder 5% der Bürgermeister von Städten mit über 10.000 Einwohnern aus vier unterschiedlichen Regionen und 10 unterschiedlichen Départements
- oder 5% der Regional- oder Départementräte aus 4 unterschiedlichen Regionen und 10 unterschiedlichen Départements
- oder 5% der Mitglieder des Conseil national der Sozialistischen Partei

Wie bei LR sind auch bei den Sozialisten die Vorsitzenden kleiner Parteien, die sich an der Vorwahl beteiligen wollen, von diesen Regeln ausgenommen. Die Frist zur Einreichung von Bewerbungen endet am 15. Dezember.

Um bei den Vorwahlen der **Grünen** antreten zu können, mussten Bewerber die Unterstützung von 36 Mitgliedern des *Conseil fédéral* der Partei nachweisen, eines Rats von insgesamt 240 Delegierten. Jedes Mitglied durfte sich nur für einen Kandidaten aussprechen, so dass sich insgesamt nicht mehr als sechs Kandidaten zur Wahl stellen konnten. Zugelassen wurden letztlich vier Bewerber.

4. Formaler Ablauf der Vorwahlen

Wer darf wählen?

Wahlberechtigt bei den offenen Vorwahlen der beiden großen Parteien sind alle Bürger, die auf den Wählerlisten eingetragen sind und sich schriftlich zu den Werten des jeweiligen Lagers bekennen.

Die „Charte de l’alternance“ (Charta des politischen Wechsels) der *Républicains* liest sich wie folgt: „Je partage les valeurs républicaines de la droite et du centre et je m’engage pour l’alternance afin de réussir le redressement de la France.“¹⁰

Bei den Sozialisten heißt es: „Ma signature sur cette liste d’émargement vaut engagement de reconnaissance dans les valeurs de la Gauche et des écologistes dont j’ai pris connaissance et confirmation de ma contribution aux frais d’organisation des Primaires citoyennes.“¹¹

Wahlberechtigt bei den Grünen sind alle Mitglieder sowie Bürger, die sich bis 1. Oktober 2016 online registriert haben. Dass hierfür nicht einmal ein Identitätsnachweis erforderlich war, hat der Partei jedoch Kritik eingebracht, da Zweifel an einem ordnungsgemäßen Verlauf laut wurden.¹²

¹⁰ Sinngemäße Übersetzung: „Ich teile die republikanischen Werte des bürgerlichen Lagers und der politischen Mitte, und ich setze mich für einen Politikwechsel ein, damit das Wiedererstarken Frankreich gelingen kann.“

¹¹ Sinngemäß: „Mit meiner Unterschrift auf dieser Wahlliste bekenne ich mich zu den von mir zur Kenntnis genommenen Werten der Linken und der Grünen und bestätige meinen Beitrag zu den Organisationskosten dieser Vorwahlen.“

¹² So ist es etwa einer Journalistin von *Le Monde* gelungen, ihre Katze für die Vorwahlen zu registrieren.

¹³ Jérémie Baruch, Alexandre Lemarié et Matthieu Goar, *Primaire de la droite: 10 228 bureaux de vote stratégiquement répartis*, Le Monde, 30.09.2016, http://abonnes.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2016/09/30/primaire-de-la-droite-10-228-bureaux-de-vote-strategiquement-repartis_5005831_4854003.html (abgerufen am 25.10.2016).

Wie wird gewählt?

Um den Präsidentschaftskandidaten der **Républicains** zu bestimmen, wird am **20. und 27. November 2016** in landesweit über 10.000 Wahllokalen (inklusive Überseegebiete) abgestimmt, von denen es besonders viele dort geben wird, wo Konservative und Zentristen 2012 überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt haben. Da MoDem und UDI derzeit eher dem Kandidaten Alain Juppé zuneigen, war bis zuletzt umstritten, ob auch deren Hochburgen berücksichtigt werden sollten, weil dies zulasten Sarkozys gehen könnte.¹³

Die **Sozialisten** rechnen mit einer weit aus geringeren Beteiligung als im Jahr 2011, haben aber trotzdem angekündigt, landesweit mindestens 8.000 Wahllokale für die Abstimmung am **22. und 29. Januar 2017** einzurichten. Weitere Details sind noch nicht bekannt.

Die **Grünen** können aus finanziellen Gründen ihre Vorwahlen nicht mit einem ähnlichen Aufwand wie LR und PS durchführen. Abgestimmt wird per Briefwahl.

Wer trägt die Kosten?

Die für den reibungslosen Ablauf der **Vorwahlen im konservativen Lager** zuständige Haute Autorité kalkuliert mit

Ausgaben in Höhe von fünf bis acht Millionen Euro. Hauptkostenpunkt ist die Bereitstellung der Wahllokale, die von der Partei in zahlreichen Fällen bei den oftmals klammen Kommunen angemietet werden müssen. Um die Vorwahlen zu finanzieren, müssen Bürger, die sich an der Abstimmung beteiligen, **pro Wahlgang 2 Euro** zahlen. Wenn also an beiden Runden zwei Millionen Menschen teilnehmen, sind die von der Partei vorgestreckten Kosten gegenfinanziert. Dies gilt als sehr wahrscheinlich. Die Partei rechnet damit, dass sich mehr Bürger beteiligen als bei den Vorwahlen der Sozialisten 2011. Damals hatten 2,66 Millionen in der ersten und 2,86 Millionen in der zweiten Runde ihre Stimme abgegeben. Die Ausgaben für ihre Wahlkampagne müssen alle Kandidaten selbst tragen.

Wer an den **Vorwahlen der Belle Alliance populaire** teilnehmen möchte, muss **pro Wahlgang 1 Euro** zahlen. Außerdem stellen die Sozialisten – im Gegensatz zu LR – allen Kandidaten der eigenen Partei ein Budget in Höhe von 50.000 Euro für den Wahlkampf zur Verfügung.

Bei den **Grünen** ist die Abstimmung für Parteimitglieder gratis, Nichtmitglieder zahlen **5 Euro**.

5. Die Kandidaten und ihre Strategien

Die Entscheidung für die Organisation von Vorwahlen ist, wie bereits angedeutet, weniger basisdemokratischen Überlegungen geschuldet, als vielmehr strategischen Abwägungen in beiden Lagern sowie dem Machtkalkül aussichtsreicher Kandidaten. Die Zeit der Planspiele für den Ausgang der Vorwahlen sowie die erste und zweite Runde der Präsidentschaftswahlen hat längst begonnen.

Les Républicains

Nachdem Nicolas Sarkozy im Anschluss an seine verfehlte Wiederwahl 2012 seinen „endgültigen Abschied von der Politik“ verkündet hatte, meldeten zwei Kandidaten Ansprüche auf den Vorsitz der UMP an, Ex-Premier François Fillon und der Ex-Fraktionschef in der Nationalversamm-

lung, Jean-François Copé. Die daraufhin durchgeführte Mitgliederbefragung lieferte ein äußerst knappes Ergebnis zugunsten von Copé, das Fillon nicht akzeptieren wollte. Die so entstandene Pattsituation hat dem Ansehen der Partei massiv geschadet und sie in der Wahrnehmung ihrer Rolle als größte Oppositionspartei gelähmt. Der Kompromiss bestand am Ende darin, dass Copé den Vorsitz eineinhalb Jahre lang ausübte und ihn im Sommer 2014 vorübergehend an ein Dreierkollegium übertrug, dem Fillon, der Ex-Premier und Bürgermeister von Bordeaux, Alain Juppé, und Ex-Premier Jean-Pierre Raffarin angehörten, ehe im Herbst desselben Jahres Nicolas Sarkozy an die Parteispitze zurückkehrte. Dieser konnte daraus aber keinen natürlichen Anspruch auf die Präsidentschaftskandidatur ableiten, denn schon im August 2014 hatte Alain Juppé

seinen Hut in den Ring geworfen. Daher wurde im Sommer 2016 beschlossen, Vorwahlen durchzuführen.

Neben Juppé und Sarkozy treten fünf weitere Kandidaten bei den Vorwahlen an:

Die gescheiterten Thronfolger Fillon und Copé, Ex-Landwirtschaftsminister Bruno Le Maire, der Vorsitzende der Christdemokraten, Jean-Frédéric Poisson, sowie – als einzige Frau – die ehemalige Umweltministerin Nathalie Kosciusko-Morizet. Laut Umfragen spricht jedoch alles für einen Zweikampf Juppé gegen Sarkozy – und dabei prallen zwei völlig unterschiedliche Konzepte und Strategien aufeinander.

Alain Juppé

Alain Juppé (* 1945) hat eine erstaunliche Karriere hinter sich, die in den 1980er Jahren im Pariser Rathaus begann – unter dem damaligen Bürgermeister Jacques Chirac. Es folgten Ministerposten unter den Premierministern Chirac (1986–88) und Édouard Balladur (1993–95). 1995 unterstützte er Chirac gegen Balladur im Präsidentschaftswahlkampf und wurde nach dessen Sieg zum Regierungschef ernannt. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit musste er allerdings eine seiner größten politischen Niederlagen hinnehmen: Die geplante Rentenreform musste er angesichts monatelanger Streiks, zu denen die Gewerkschaften aufgerufen hatten, zurückziehen. Nachdem Präsident Chirac 1997 das Parlament in der falschen Annahme aufgelöst hatte, Neuwahlen würden der konservativen Fraktion eine komfortable Mehrheit bescheren, musste Juppé infolge des überraschenden Wahlsiegs der Sozialisten das Amt an Lionel Jospin übergeben. So konzentrierte er sich auf sein Amt als Bürgermeister von Bordeaux (seit 1995), wo er eine umfassende Stadterneuerung einleitete und 2001 wiedergewählt wurde. Wenig später holte ihn allerdings seine Zeit als Mitarbeiter Chiracs im Pariser Rathaus ein. In der Affäre um illegale Parteienfinanzierung durch die Schaffung fiktiver Arbeitsplätze in der Pariser Verwaltung wurde Juppé zu einer Bewährungsstrafe und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt und musste deshalb 2004 alle politischen Ämter abgeben. Nach Verbüßung der Strafe von zwei Jahren kehrte er 2006 umgehend in

das Rathaus von Bordeaux zurück, wurde 2007 erneut gewählt und übernahm unter der Präsidentschaft Sarkozys zusätzlich Ministerämter (zunächst Verteidigungs-, dann Außenminister). Das durch die Auseinandersetzung zwischen François Fillon und Jean-François Copé entstandene Machtvakuum nutzte er 2014, um seine Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen anzukündigen.

Nicolas Sarkozy

Nach seiner fünfjährigen Amtszeit als Präsident, in der Nicolas Sarkozy (* 1955) zahlreiche heiße Eisen angefasst hatte, aber letztlich nur einige wenige der von ihm angekündigten Reformen zu Ende bringen konnte (u.a. mehr Autonomie für die Universitäten und eine Rentenreform), verabschiedete sich der am Ende ungeliebte „Hyperpräsident“ 2012 zunächst aus dem Politikbetrieb. Er hatte im Vorfeld seiner Wahl zum Präsidenten 2007 durch seinen Diskurs- und Politikstil viele Franzosen für sich einnehmen können, weil er sich damit aus ihrer Sicht wohltuend von den restlichen Spitzenpolitikern mit ihren stromlinienförmigen Biographien abhob, denen oft Weltfremdheit und mangelnde Kenntnis der gesellschaftlichen Realitäten im Land vorgeworfen wird. Als Person polarisierte er jedoch von Anfang an stark, was dazu führte, dass ihm am Ende seiner Amtszeit von der Mehrheit der Bevölkerung Ablehnung entgegenschlug. Umso überraschender war seine Rückkehr an die Spitze der UMP im November 2014. Das Wahlergebnis von 64,5 % der Stimmen zeigte zwar, dass er auch in der Partei nicht unumstritten ist. Dennoch gelang es ihm in der Folge, die Mehrheit der Mitglieder auf seinen Kurs einzuschwören, die dann auch die von ihm im Mai 2015 angebahnte Umbenennung der UMP in Les Républicains unterstützte. An seiner Kandidatur bei den Vorwahlen bestand seitdem nie ein Zweifel. Dennoch wartete er bis Ende August 2016, ehe er im Vorwort seines neu erschienenen Buches ankündigte, sich bei den *Primaires* zur Wahl zu stellen.

¹⁴ Alexandre Boudet: Ce que réclame Arnaud Montebourg pour participer à la primaire du PS, Le Huffington Post, 05.10.2016, http://www.huffingtonpost.fr/2016/10/02/arnaud-montebourg-primaire-ps-exigences-participation_n_12261042.html (abgerufen am 25.10.2016).

La Belle Alliance populaire

Auch wenn sich François Hollande erst im Dezember, also nach der Kür des republikanischen Kandidaten, festlegen wird, ob er an den Vorwahlen der „Regierungslinken“ teilnimmt, beeinflusst seine mögliche Kandidatur naturgemäß die taktischen Überlegungen der Konkurrenten im eigenen Lager – und darüber hinaus. Zwei seiner schärfsten parteiinternen Kritiker, die beiden dem linken Flügel angehörenden Ex-Minister Arnaud Montebourg und Benoît Hamon, haben bereits ihre Kandidatur bei den Vorwahlen verkündet. Hinzu kommen vier chancenlose Bewerber: die sozialistische Senatorin Marie-Noëlle Lienemann, der Parteilinke Gérard Filoche sowie Jean-François Ruy (parti écologiste) und Jean-Luc Bennaïas (Front démocrate).

Arnaud Montebourg

Der Parteilinke Arnaud Montebourg (* 1964) war 2007 Sprecher der Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal und sorgte bei den Vorwahlen 2011 für eine Überraschung, als er mit 17 % der Stimmen im ersten Wahlgang unerwartet auf dem dritten Platz landete. Als Wirtschaftsminister im Kabinett von Jean-Marc Ayrault avancierte er rasch zu einem der Schwergewichte der Partei. Nach dem angebotspolitischen Schwenk des Präsidenten in der Wirtschaftspolitik kam es jedoch immer häufiger zu Differenzen zwischen Montebourg und Hollande, die sich nach den verlorenen Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 und der darauffolgenden Ernennung von Innenminister Manuel Valls zum Premierminister weiter verschärften und im August desselben Jahres eskalierten. Bei seiner traditionellen Rede zum Ferienende in seinem Heimatwahlkreis in Frangy-en-Bresse kritisierte Montebourg offen den Kurs des Präsidenten und seines Regierungschefs. Die unmittelbare Folge war sein Ausscheiden aus dem Kabinett. Er zog sich vorübergehend aus dem Politikbetrieb zurück, um dann im August 2016 seine Kandidatur zu verkünden. Dabei ließ er anfänglich offen, ob er als Bewerber bei den Vorwahlen oder direkt bei den Präsidentschaftswahlen antritt. Tatsächlich gab es für ihn aber nie eine Alternative, da er angesichts seiner dezidiert linken Positionen auf einen Lagerwahlkampf angewiesen ist und somit

nur als offizieller Kandidat der sozialistischen Partei eine (gleichwohl geringe) Chance bei den Präsidentschaftswahlen hätte. Als unabhängiger Bewerber wäre er hingegen auf verlorenem Posten. Das unterscheidet ihn im Übrigen von Emmanuel Macron (siehe Seite 13).¹⁴

Benoît Hamon

Der ehemalige Erziehungsminister Benoît Hamon (* 1967) ist sich in vielen Punkten einig mit Montebourg. Das hat dazu geführt, dass auch Hamon im August 2014 seinen Kabinettsposten verlor, nachdem er sich der öffentlichen Kritik Montebourgs am Kurs des Präsidenten angeschlossen hatte. Im Gegensatz zu seinem Parteikollegen verfügt der ehemalige Chef der Jungsozialisten allerdings nicht über das notwendige parteiinterne Gewicht und das Charisma, um zum Favoritenkreis bei den Vorwahlen gezählt werden zu können.

Warten auf François Hollande

Der amtierende Präsident hält sich weiterhin bedeckt. Daraus darf man allerdings nicht schließen, dass François Hollande (* 1954) angesichts einer äußerst durchwachsenen Bilanz seiner Präsidentschaft und miserabler Umfragewerte bereits entschieden hat, nicht erneut anzutreten. Ganz im Gegenteil: Er gibt sich kämpferisch. Doch gleichzeitig offenbart er ungewohnt fehlendes Gespür beim Umgang mit den Medien. Der unlängst veröffentlichte Interviewband mit dem vielsagenden Titel „Un président ne devrait pas dire ça...“ (Ein Präsident sollte das nicht sagen...), in dem sich Hollande ungewohnt offen zu zahlreichen Themen äußert, hat ihm starke Kritik an seinem Amtsverständnis eingebracht und selbst treue Gefolgsleute irritiert. Zu allem Überflus stellte die Veröffentlichung das am gleichen Tag erschienene lange Interview im Wochenmagazin „L'Obs“ in den Schatten, auf dessen Titelseite der Präsident mit der Aussage „Je suis prêt“ (ich bin bereit) zitiert wurde.

Was macht Manuel Valls?

Der sozialistische Premierminister gibt sich loyal an der Seite des Präsidenten und verteidigt dessen Reformkurs gegen Kritiker aus der eigenen Partei und der

Opposition. Entsprechend wird Manuel Valls (* 1962) sich nicht an den Vorwahlen beteiligen, wenn François Hollande im Dezember seine Kandidatur ankündigt. Sollte dieser wider Erwarten verzichten, könnte Valls hingegen seinen Hut in den Ring werfen und den reformorientierten Flügel der Partei repräsentieren. Derzeit wird aber eher vermutet, dass er sich nach der erwarteten Niederlage der Linken im kommenden Jahr für die Präsidentschaftswahlen 2022 in Stellung bringt.

Die Grünen

EELV hat bereits im Vorfeld der vergangenen drei Präsidentschaftswahlen Vorwahlen durchgeführt. 2012 setzte sich dabei völlig überraschend die gebürtige Norwegerin Eva Joly gegen eine der Galionsfiguren der ökologischen Bewegung Frankreichs, Nicolas Hulot, durch und entschied damit den parteiinternen Machtkampf zugunsten des linken Flügels. Bei den Präsidentschaftswahlen errang sie anschließend aber gerade einmal 2,31% der Stimmen. Der Entschluss, auch im Vorfeld der kommenden Wahlen wieder eine „primaire écologiste“ zu organisieren, fiel Anfang Juli. Obwohl die einflussreiche ehemalige Wohnungsbauministerin und Ex-Vorsitzende Cécile Duflot als aussichtsreichste Kandidatin galt, verfügte sie nicht über ausreichend Rückhalt in der Partei, um ihre direkte Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen erklären zu können, ohne dabei Widerstand zu riskieren. In den Vorwahlen Mitte Oktober traf sie dann auf drei Europaabgeordnete von EELV, von denen sie programmatisch nicht viel unterschied. Um eine Richtungsentscheidung wie noch 2012 ging es dieses Mal nicht. Der Streit um die Ausrichtung der Partei war mit dem Ausstieg einflussreicher Mitglieder, die den Kurs der Regierung unterstützten (siehe 2.), bereits zuvor entschieden worden. Dies dürfte dazu beigetragen zu haben, dass die Beteiligung an der *Primaire*, die 2011 mit rund 32.000 Wählern vergleichsweise hoch ausgefallen war, 2016 (zumindest im ersten Wahlgang) nur noch bei rund 12.500 lag. Trotzdem hielt der Ausgang der ersten Runde eine Überraschung parat: Die Favoritin Cécile Duflot landete nur auf dem dritten Platz. Die Entscheidung fällt nun zwischen den Europaabgeordneten Yannick Jardot und Michèle Rivasi.

Weitere Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen

Neben den drei Gewinnern der Vorwahlen und der in der eigenen Partei unangefochtenen Marine Le Pen werden noch einige weitere Bewerber antreten, deren Ergebnis im ersten Wahlgang sich überwiegend zwischen 1 und 5 % bewegen dürfte – mit zwei Ausnahmen.

Jean-Luc Mélenchon

Wie schon 2012 wird sich auch im kommenden Jahr wieder Jean-Luc Mélenchon (* 1951) von der französischen Linkspartei (Parti de gauche) zur Wahl stellen. Der Linkspopulist holte vor vier Jahren im ersten Wahlgang 11,10 % der Stimmen. Mélenchon hatte es von vornherein abgelehnt, mit seiner Partei an den linken Vorwahlen teilzunehmen, und hätte dort auch keine Chance auf ein gutes Ergebnis. Zwar ist auch seine direkte Kandidatur für das Präsidentenamt aussichtslos. Sie bietet ihm aber die Möglichkeit, sich als erklärten Gegner einer reformorientierten Politik in Szene zu setzen. Im Gegensatz zur letzten Wahl tritt der Parti de gauche wohl nicht im Linksbündnis (Front de gauche) zusammen mit der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) an. Es ist derzeit noch offen, wie der traditionsreiche PCF sich verhalten wird.

Emmanuel Macron

Viel spannender ist freilich, ob wie erwartet auch François Hollandes ehemaliger Wirtschaftsminister Emmanuel Macron (* 1977) seinen Hut in den Ring wirft. Der 38jährige Absolvent der Eliteverwaltungsschule ENA und Ex-Banker trat im August 2014 die Nachfolge von Arnaud Montebourg an, nachdem er schon zuvor den Präsidenten in Wirtschaftsfragen beraten hatte und maßgeblich an der Ausarbeitung der von Hollande im Januar 2013 angestoßenen angebotspolitischen Maßnahmen beteiligt war. Als Minister avancierte Macron innerhalb kurzer Zeit zu einem der beliebtesten Politiker Frankreichs, obwohl die von ihm verantworteten Gesetzespakete (u.a. zur Liberalisierung von Ladenöffnungszeiten und des Fernbusverkehrs) teilweise sehr umstritten waren. Weil ihm schon bald Unzufriedenheit mit den Entscheidungsspielräumen

¹⁵ Mitte Oktober hat Macron der Wirtschaftszeitung *Challenges* ein ausführliches Interview gegeben, in dem er seine Standpunkte erläutert hat, http://www.challenges.fr/election-presidentielle-2017/interview-exclusive-d-emmanuel-macron-je-ne-crois-pas-au-president-normal_432886 (abgerufen am 25.10.2016).

als Minister und gleichzeitig persönliche Ambitionen auf das politische Spitzenamt nachgesagt wurden, war allerdings seit längerem über seinen Rückzug aus dem Kabinett spekuliert worden. Bereits im Juli hatte er die Bewegung *En Marche!* ins Leben gerufen und damit begonnen, Unterstützer und Gleichgesinnte um sich zu scharen. Im August folgte dann der erwartete Rücktritt, der besonders dem Präsidenten übel aufstieß, weil er ihn als Akt fehlender Loyalität interpretierte. François Hollande hatte den raschen Aufstieg Macrons erst ermöglicht und musste nun zur Kenntnis nehmen, dass ihm auf diese Weise ein neuer Konkurrent erwachsen ist. Auch wenn Macron seine Kandidatur noch nicht verkündet hat, so spricht vieles dafür, dass er sich um das Präsidentenamt bewirbt. In diesem Fall würde er jedoch nicht den Umweg über die Vorwahlen der Sozialisten gehen, die nach seiner Interpretation Schauplatz einer überholten Auseinandersetzung

zwischen fortschrittsorientierten und rückwärtsgewandten Linken sind.

Macron steht für eine teilweise Überwindung des starren Links/Rechts-Schemas, aus seiner Sicht ein Relikt des vom Klassenkampf geprägten Industriezeitalters. Er argumentiert, dass die Frontlinie heute vor allem zwischen Globalisierungsbefürwortern und -gegnern verläuft und die Funktionsweise des französischen Staates sowie der politische Diskurs in den vergangenen Jahrzehnten nicht Schritt gehalten haben mit den gesellschaftlichen Veränderungen.¹⁵ Seine Positionen lassen sich am besten als linksliberal beschreiben, womit er in der zersplitterten und teilweise ideologisierten französischen Linken häufig auf Skepsis bis hin zu offener Ablehnung stößt. Gleichzeitig findet er als Vertreter der politischen Mitte mit seinen Ansichten zum Teil auch Gehör bei konservativen Wählern.

6. Was beeinflusst den Ausgang?

Les Républicains

Mit Alain Juppé und Nicolas Sarkozy stehen sich zwei grundlegend verschiedene Persönlichkeiten gegenüber, die völlig unterschiedliche Strategien verfolgen. Während sich Juppé als Versöhner und Mann der Mitte gibt, der die entstandenen tiefen Gräben in der französischen Gesellschaft zuschütten will, führt Sarkozy einen knallharten Lagerwahlkampf, bei dem er nicht selten in die Nähe zu Positionen des *Front national* gerät – und das mit voller Absicht. Auch wenn Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass populistischen Parteien kaum beizukommen ist, indem man ihre Forderungen übernimmt, hat er sich entschieden, im Wahlkampf neben klassischen Wirtschaftsthemen die Sicherheits- und Identitätskarte zu spielen. Mit dieser Strategie ist es ihm nach der Ankündigung seiner Kandidatur in kürzester Zeit gelungen, zu dem in den Umfragen enteilt Juppé nahezu aufzuschließen.

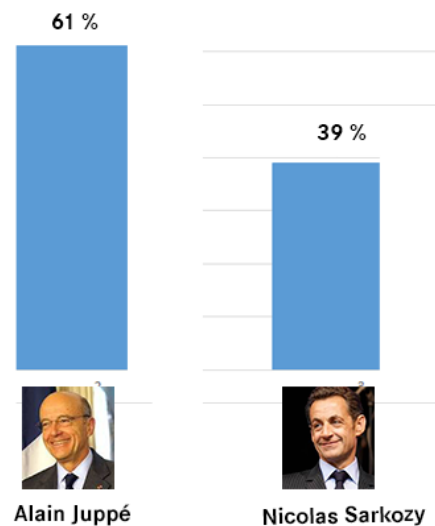
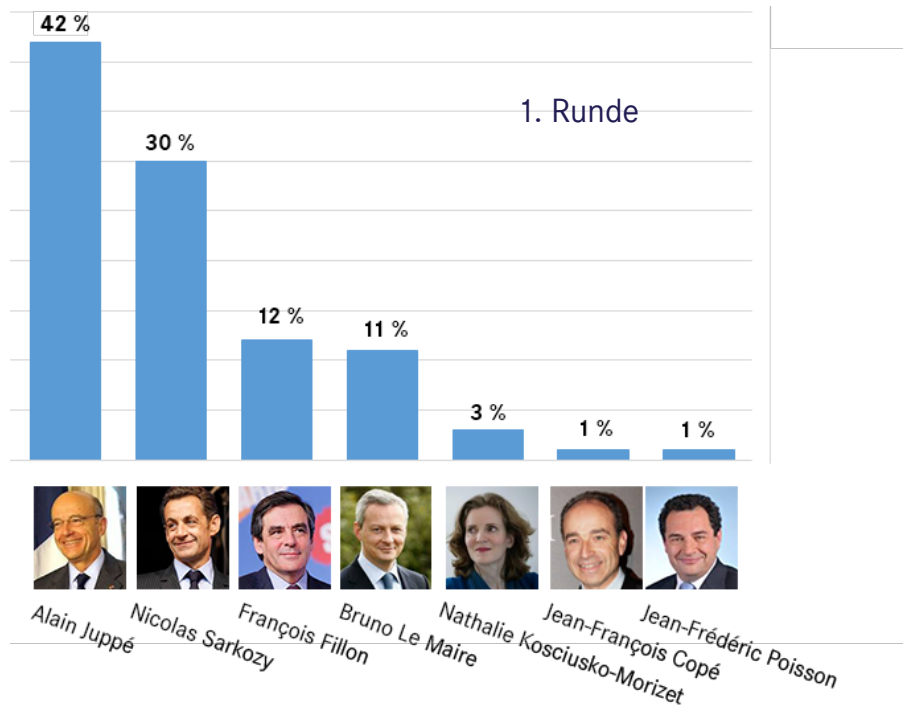
Eine der interessantesten Fragen ist nun, wie sich das System der offenen Vorwahlen auswirken wird. Wenngleich sich die teilnehmenden Bürger durch die Unterzeichnung einer Charta zu den konservativen Werten bekennen müssen,

steht die Abstimmung grundsätzlich auch Wählern offen, die sich politisch links vom Zentrum verorten. Das versucht Alain Juppé für sich zu nutzen. Er hat explizit darauf hingewiesen, dass die Mitte links-Wähler, die 2012 auf François Hollande gesetzt hatten und enttäuscht wurden, bei den Vorwahlen der Konservativen willkommen sind. Umfragen bescheinigen Juppé einen komfortablen Vorsprung auf Sarkozy, wenn sich Sympathisanten des linken Lagers in nennenswerter Zahl an den Vorwahlen der *Républicains* beteiligen. Nicolas Sarkozy, der unter Parteianhängern besonders hohe Zustimmungswerte genießt, kontert diese Strategie mit scharfen Angriffen gegen seinen parteiinternen Gegner und dem Vorwurf, Linkswähler machten sich des Meineids schuldig, wenn sie eine Charta unterzeichneten, deren Inhalt sie in Wahrheit nicht unterstützten.

Wenn das Rennen gelaufen ist und der Kandidat der *Républicains* für die Präsidentschaftswahlen feststeht, bleibt abzuwarten, inwieweit es gelingt, das konservative Lager hinter ihm zu versammeln. Dabei kommt es natürlich vorrangig auf die unterlegenen Mitbewerber an, die mit der Unterzeichnung einer Art Ehrenkodex bei der Einreichung

¹⁶ Eigene Darstellung, basierend auf: Ipsos / Sopra Steria: La primaire de la droite et du centre au lendemain du premier débat entre les candidats. Préparé pour le Parisien-Aujourd'hui en France et BFMTV, 16 octobre 2016 (http://www.ipsos.fr/sites/default/files/doc_associe/la_primair_a_droite_leparisien_bfmtv.pdf, abgerufen am 27.10.2016).

Vorwahlen der Bürgerlichen und des Zentrums: Umfrage von Ipsos/Sopra Steria nach der ersten TV-Debatte am 13. Oktober ¹⁶



ihrer Kandidatur versichern mussten, den Sieger der Vorwahlen zu unterstützen. Gleichwohl könnte im Zweifel nicht verhindert werden, dass einer der Verlierer dennoch bei den Präsidentschaftswahlen antritt, solange er die hierfür erforderlichen Unterstützer findet (siehe 3.).

Rolle der Zentristen

Als zweiter Faktor kommt die Rolle der beiden Zentrumsparteien hinzu, die sich nicht an den Vorwahlen beteiligen wollten.

Da ist zum einen François Bayrou, der sich nach seinem Ausscheiden in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2012 für die Wahl François Hollandes

ausgesprochen hatte, aber aktuell wenig Zweifel daran lässt, dass er Alain Juppé unterstützt. Sollte Nicolas Sarkozy die Vorwahlen gewinnen, behält er sich eine eigene Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen vor.

Da ist zum anderen die UDI, die ebenfalls bereits verkündet hat, Alain Juppé zu unterstützen. Sie muss nun hoffen, auf den am Ende erfolgreichen Kandidaten gesetzt zu haben. Denn um als kleine Partei im französischen Mehrheitswahlsystem existieren zu können, ist sie mit Blick auf die Parlamentswahlen 2017 auf einen Deal angewiesen, bei dem die Républicains ihr einige Wahlkreise überlassen, um den Einzug von UDI-Kandidaten ins Parlament zu ermöglichen. Das ist ihre einzige Chance, wieder eine Frak-

Wahlabsichten bei den Präsidentschaftswahlen 2017: Test von 6 Hypothesen für die 1. Runde ¹⁷						
Gewinner Vorwahlen	Juppé Hollande	Sarkozy Hollande	Juppé Hollande	Sarkozy Hollande	Juppé Montebourg	Sarkozy Montebourg
Mögliche weitere Kandidaten		Bayrou	Macron	Bayrou Macron		Bayrou
Kandidat Les Républicains	37%	22%	33%	20%	39%	22%
Kandidat Sozialisten	11%	13%	9%	9,5%	9%	10%
Marine Le Pen	29%	27,5%	26%	25%	29%	28%
Jean-Luc Mélenchon	12,5%	14%	12%	12%	13%	15%
Emmanuel Macron			11%	14%		
Francois Bayrou		14%		10%		15%
Andere	10,5%	9,5%	9%	9,5%	10%	10%

¹⁷ Eigene Darstellung, basierend auf einer Umfrage BVA-SalesForce für die französische Regionalpresse und Orange, Oktober 2016.

<http://www.ladepêche.fr/article/2016/10/21/2443754-sondage-exclusif-juppe-confirme-macron-recule-melenchon-progresse.html> (abgerufen am 26.10.2016)

tion bilden zu können (dafür sind 15 Abgeordnete nötig). Eine Arbeitsgruppe der Partei ist bereits in Verhandlungen mit dem Team von Alain Juppé eingetreten, um eine solche Vereinbarung zu schließen. Sollte der Sieger der Vorwahlen allerdings Nicolas Sarkozy heißen, wäre die UDI möglicherweise in ihrer Existenz bedroht. Profitieren könnte dann Hervé Morin, ein Vertrauter Sarkozys, dessen Partei Nouveau Centre eigentlich Teil der UDI ist, die Entscheidung zugunsten des Kandidaten Juppé aber nicht mitträgt.

Sozialisten

Da das Feld der Kandidaten erst Mitte Dezember endgültig feststehen wird, lassen sich momentan nur bedingt Aussagen über den Ausgang treffen. Viel wird natürlich davon abhängen, ob François Hollande antritt oder nicht. Das von Parteichef Cambadélis, einem Unterstützer Hollandes, festgelegte Timing für die Vorwahlen spielt dem Präsidenten in jedem Fall in die Karten. So kann er die Entscheidung über eine Beteiligung vom Ausgang der *Primaire* bei den Republikanern abhängig machen. Vieles spricht derzeit dafür, dass er im Falle eines Sieges Juppés auf eine Kandidatur verzichtet. Seine wohl einzige Chance liegt in einem erneuten Aufeinandertreffen mit dem von breiten Bevölkerungsschichten abgelehnten Nicolas Sarkozy – umso mehr, als in dem Fall vermutlich auch François Bayrou in das Rennen einsteigen würde.

Sollte sich der Präsident für eine Kandidatur entscheiden, so ist die Vorwahl aber dennoch kein Selbstläufer für ihn. Zwar

wäre davon auszugehen, dass er in den zweiten Wahlgang der Vorwahl einziehen würde. Im Falle eines Aufeinandertreffens mit Arnaud Montebourg werden diesem aber durchaus Siegchancen eingeräumt.

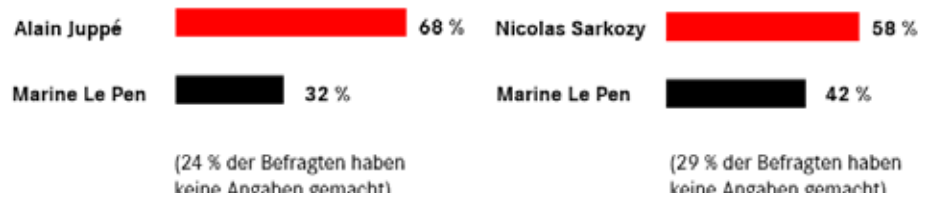
Wie auch bei LR stellt sich für die Zeit nach den Vorwahlen ferner die Frage, wie sich die unterlegenen Kandidaten verhalten werden. Das gilt vor allem für den Fall eines Wahlsiegs Hollandes. Es scheint schwer vorstellbar, dass sich auch diejenigen, die seine Politik seit mehr als zwei Jahren massiv kritisieren, im Anschluss für ihn in den Wahlkampf ziehen.

„Störfaktor“ Macron

Da Emmanuel Macron in beiden Lagern Zustimmung findet, würde seine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl die Ergebnisse nochmals durcheinanderwirbeln. In Umfragen, in denen neben den anderen Kandidaten auch Macron vorgeschlagen wird, sinken die Werte fast aller anderen Bewerber (mit Ausnahme der großen Außenseiter) in der ersten Runde um mindestens zwei bis drei Prozentpunkte ab. Besonders hoch fallen interessanterweise die Verluste für den Kandidaten der Républicains aus. Nichtsdestotrotz wäre dies nach derzeitigem Stand nur Ergebniskosmetik – wenn François Hollande bei den Vorwahlen der Linken antritt und gewinnt. Denn es würde nichts an der Tatsache ändern, dass in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl der republikanische Bewerber auf Marine Le Pen trifft. Der Kandidat Hollande scheidet in jeder Konstellation nach dem ersten Wahlgang aus.

¹⁸ Eigene Darstellung, basierend auf einer Umfrage BVA-SalesForce für die französische Regionalpresse und Orange, Oktober 2016.

<http://www.ladepeche.fr/article/2016/10/21/2443754-sondage-exclusif-juppe-confirme-macron-recule-melenchon-progresse.html>
(abgerufen am 26.10.2016)



7. Ausblick

¹⁹ Juppé strebt nach eigener Aussage nur eine Amtszeit an, um anschließend die Verantwortung an die nächste Generation zu übergeben.

Das Mehrheitswahlrecht hatte in Frankreich ein bipolares System entstehen lassen, bei dem sich in der Stichwahl für gewöhnlich Vertreter der beiden großen Parteifamilien gegenüberstanden. Diese Logik wurde vor allem durch das Erstarken des Front national in den vergangenen Jahren durchbrochen. Bei den Kommunal-, Département- und Regionalwahlen zogen immer häufiger FN-Kandidaten in den zweiten Wahlgang ein und gewannen – wengleich bislang noch in begrenztem Maße – auch Mandate. Für die beiden traditionellen Lager hat sich die Situation damit grundlegend verändert. Ihre Bewerber drohen bei Wahlen bereits in der ersten Runde auszuscheiden – besonders, wenn es nicht gelingt, parteiübergreifend einen gemeinsamen Kandidaten zu nominieren. Um das eigene Lager zu einen, haben sich die großen Parteien daher für die Organisation von Vorwahlen entschieden.

Von deren Ergebnissen hängt maßgeblich ab, ob es noch einmal gelingt, den Front national im ersten Wahlgang auszuschalten. Derzeit sieht es nicht danach aus, vor allem wenn der Kandidat der gemäßigten Linken François Hollande hieße. Auch wenn Marine Le Pen im Falle ihres Einzugs in die zweite Runde 2017 aller Voraussicht nach nicht zur Präsidentin gewählt würde, so hieße

dies noch lange nicht, dass die Gefahr des Rechtspopulismus in Frankreich gebannt ist. Der Aufstieg des FN erklärt sich maßgeblich aus der Unfähigkeit der beiden großen Parteien, die Funktionsweise des französischen Staates an die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Ob es dem 71jährigen „Übergangspräsidenten“¹⁹ Alain Juppé im Falle seines Wahlsiegs gelänge, Frankreich einen Weg aus dieser Sackgasse zu bahnen, bliebe abzuwarten. Dass die französische Bevölkerung – vor allem die junge Generation – bereit für einen Paradigmenwechsel ist, manifestiert sich in Umfragen, bei denen häufig eine Sehnsucht nach „Changement“ (Veränderung) zum Ausdruck kommt. Die nächsten Jahre werden zeigen, wem dieser Wandel zugetraut wird. Entweder die politische Elite des Landes erfindet sich neu, oder der Front national führt das Land zurück in die Vergangenheit.

Aktuelle Publikationen des dfi

dfi compact Nr. 14: Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach der französischen Regionalreform - Aktuelle Situation und mögliche Entwicklungsszenarien. - Ludwigsburg: dfi, 2016, - 93 Seiten

Deutsch-Französisches Institut et al. (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2015. Frankreich nach der Territorialreform, Red.: Stefan Seidendorf, - Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2016, - 228 Seiten

Wüstenrot-Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (dfi) (Hrsg.): Strategien nachhaltiger Stadtentwicklung in Deutschland und Frankreich, 2015, 255 S., mit Abb.

Deutsch-Französisches Institut et al. (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2014. Frankreich in der Krise: Die Suche nach dem verlorenen Selbstverständnis, Red.: Stefan Seidendorf, - Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2014, - 245 Seiten

dfi compact Nr. 13: Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in den Wirtschaftswissenschaften: Bestandsaufnahme, Erfolgsbedingungen und Gestaltungsansätze für Kooperationsprojekte - Ludwigsburg: dfi, 2014, - 105 Seiten

dfi compact Nr. 12: Als Charles de Gaulle deutsch sprach. Die Rede an die deutsche Jugend in Ludwigsburg 1962 im Spiegel von Zeitzeugen, Zeitzeugenprojekt in Kooperation mit dem dfi - Ludwigsburg: dfi, 2014, - 174 Seiten

Solène Hazouard, René Lasserre, Henrik Uterwedde (Hrsg.): L'aide au retour à l'emploi: Politiques françaises, allemandes et internationales. Cergy-Pontoise: CIRAC 2013, 362 Seiten

Frank Baasner, Stefan Seidendorf (Hrsg.): Jeder für sich oder alle gemeinsam in Europa?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2013, - 224 Seiten

Stefan Seidendorf (Hrsg.): Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, - 218 Seiten

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Dominik Grillmayer

Layout: Waltraut Kruse

Herausgeber:
Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0
Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten: <http://www.dfi.de>

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 30
Stefan Seidendorf: Die deutsch-französische Beziehung bewahren, Europa stärken, September 2015, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 29
Anika Stühler: Beamtenaustausch und gemeinsame Weiterbildung als Fundamente deutsch-französischer Kooperation, Januar 2015, 15 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 28
Dominik Grillmayer: Stärkung des sozialen Dialogs in Frankreich?, Juni 2014, 15 Seiten